

# „Wir wollen die Finanzbr

EU-Kommissar Algirdas Šemeta fordert eine europaw

Algirdas Šemeta hat einen undankbaren Job. Als EU-Kommissar für Steuern muss er Gesetze vorschlagen, die viele der 27 nationalen Regierungen nicht mögen, die aber nur einstimmig verabschiedet werden können. Den 49 Jahre alten Ökonomen und früheren litauischen Finanzminister hat das jedoch nicht abgeschreckt, einen beinahe revolutionären Vorschlag zu machen: Erstmals in der Geschichte der EU will er eine europäische Steuer einführen.

**SZ:** Herr Kommissar, hat die Kommission den Kontakt zur europäischen Wirklichkeit verloren?

**Algirdas Šemeta:** Warum?

**SZ:** Ihr Vorschlag, eine europäische Steuer auf Finanzgeschäfte einzuführen, lässt das vermuten.

**Šemeta:** Ganz im Gegenteil. Die Kommission macht Vorschläge, die den Märkten zugutekommen und die für Bürger und Unternehmer interessant sind. Wir wollen beispielsweise die Verwaltungskosten für die Unternehmen reduzieren. Außerdem arbeiten wir an der Anpassung der Energiesteuern, um dazu beizutragen, die Klimaziele zu erfüllen. Das wollen alle Mitgliedstaaten.

**SZ:** Ja, schon. Aber sie wollen keine europäischen Steuern.

**Šemeta:** Die geplante Finanztransaktionssteuer soll eine direkte und eigenständige Einnahmequelle für den europäischen Haushalt werden. Aber wir planen sie so, dass es einen gemeinsamen Nutzen für den EU-Haushalt und für die Mitgliedsländer gibt. Das könnte so aussehen, dass die EU einen Minimalsatz erhebt. Jedes Mitgliedsland hätte dann die Möglichkeit, Geschäfte mit Aktien und Derivaten in seinem Land noch zusätzlich höher zu besteuern.

**SZ:** Dennoch, die Unterstützung für diese Idee ist sehr dünn. Wie wollen Sie die 27 Regierungen überzeugen?

**Šemeta:** Ich hoffe, dass uns die Öffentlichkeit unterstützt. Wir wollen ja die Finanzbranche zur Kasse bitten. Das letzte Euro-Barometer hat gezeigt, dass 61 Prozent der Europäer für eine Transaktionssteuer sind. Das ist viel. Zudem darf nicht vergessen werden, dass die Staats- und Regierungschefs der Euro-Zone selbst die Kommission gebeten hatten, über die Finanztransaktionssteuer nachzudenken und einen Vorschlag vorzulegen. Außerdem: Wenn die EU mehr eigene Einnahmen hat, dann können die Beiträge der Mitgliedsländer entsprechend verringert werden.



Steuerkommissar Algirdas Šemeta aus Litauen. Foto: Horst Wagner

**SZ:** Aber mit Ihrem Vorschlag öffnen Sie die Tür zu einem eigenständigen europäischen Steuersystem. London ist schon aus Prinzip dagegen. Und der deutsche Steuerzahler, der für die Fehler der Banken und der Spekulanten sehr tief in seine Tasche greifen musste, wird kaum einsehen, dass die Steuern, die diesen jetzt auferlegt werden, nicht ihm zugutekommen – sondern der EU.

**Šemeta:** Vergessen Sie nicht, dass die EU bereits eigene Einnahmen hat, wenn auch, zugegebenermaßen, in einem geringen Umfang. Die europäischen Verträge sehen aber vor, dass die EU sich zu einem immer größeren Anteil aus Eigenmitteln finanziert.

**SZ:** Das sehen einige Mitgliedsländer aber anders. Sie sagen, dass die Kommission die Verträge nicht richtig liest.

**Šemeta:** Jeder kann seine eigene Meinung haben. Historisch betrachtet hat sich die EU lange Zeit überwiegend aus eigenen Einnahmen finanziert. Dass der Haushalt heute vor allem über Beiträge aus den Mitgliedsländern finanziert wird, hat sich erst später entwickelt. Wir bereiten nun eine Steuer vor, um den EU-Haushalt mit eigenen Einnahmen zu füllen. Im Moment stimmen wir Details ab, und ich hoffe, dass wir im Herbst eine Gesetzesinitiative vorlegen können.

**SZ:** Wie hoch wird die Steuer ausfallen und was wird besteuert?

**Šemeta:** Der Vorschlag wird wohl auf einem Mindeststeuersatz von 0,1 Prozent für den Handel mit Aktien und von 0,01

# „anche zur Kasse bitten“

## neite Steuer auf den Handel mit Aktien und Derivaten

Prozent für den mit Derivaten basieren. Die Mitgliedsstaaten könnten für sich noch etwas draufpacken, was dann in die nationalen Haushalte fließen würde.

**SZ:** *Verzerrt das nicht den Wettbewerb? Die Finanzwirtschaft wird doch dort ihre Geschäfte machen, wo sie am geringsten besteuert wird?*

**Semeta:** Unterschiedliche Steuersätze sind in der EU durchaus üblich. Nehmen Sie die Mehrwertsteuer. Für die gilt europaweit ein allgemeiner Mindestsatz von fünfzehn Prozent. Was darüber liegt, ist Sache der Mitgliedsländer. Aus dem Blickwinkel des gemeinsamen Marktes und der Steuerpolitik ist es wichtig, ein harmonisiertes System zu haben, also eine gemeinsame Steuerbasis. Und sehen Sie nach Großbritannien. Da werden 0,5 Prozent Steuer auf Aktiengeschäfte erhoben, und trotzdem ist London der wettbewerbsfähigste Finanzplatz in Europa.

**SZ:** *Die Mitgliedsländer fürchten, dass Brüssel sich ihrer Kontrolle entzieht, wenn es über eigene Einnahmen verfügt und nicht mehr von den Beiträgen abhängig ist.*

**Semeta:** Diese Sorge ist unnötig. Die gültigen Regeln geben den Ländern ein ausreichendes Maß an Kontrolle über den EU-Haushalt. Natürlich wird es zwischen Kommission, Rat und Parlament bei den Verhandlungen über die mittelfristige Finanzplanung harte Diskussionen geben, wenn wir über Eigenmittel reden. Darum ist sehr wichtig, immer wieder zu sagen, dass die neue Steuer die Beiträge der Mitgliedsstaaten nicht nur nicht erhöht, sondern sogar senkt.

**SZ:** *Ihre Finanzsteuer wäre in der Geschichte der EU der erste Fall einer lupenreinen europäischen Steuer.*

**Semeta:** Ich würde sie nicht als eine europäische Steuer bezeichnen. Es wäre eine auf EU-Ebene harmonisierte Steuer. Das haben wir ja schon bei der Mehrwertsteuer. Auch davon geht ein Teil in den EU-Haushalt. Außerdem macht die Kommission nur den Vorschlag; am Ende muss die Finanzsteuer von den 27 Mitgliedsländern beschlossen werden. Brüssel kann keine Steuern beschließen.

**SZ:** *Wie wollen Sie die britische Regierung davon überzeugen, ihre grundsätzliche Ablehnung einer europäischen Steuer aufzugeben?*

**Semeta:** Das wird nicht einfach sein. Wir werden unsere Argumente auf den Tisch legen und geduldig bleiben. Steuerentscheidungen dauern manchmal viele

Jahre. Deshalb sollten wir den Ausgang solcher Verhandlungen nicht auf der Basis dessen vorhersagen, was die augenblicklichen Positionen der Beteiligten sind. Und vergessen Sie nicht: Es gibt einen breiten Konsens, dass die Finanzsteuer sinnvoll ist, wenn sie weltweit eingeführt wird. Die Europäer haben das in der Runde der G 20 gefordert. Da geht es

---

„Der Vorschlag  
hat Vorteile  
für alle Mitgliedsstaaten.“

---

auch um Glaubwürdigkeit: Wie können wir als Europäer das weltweit promoten, ohne selbst den ersten Schritt zu tun?

**SZ:** *Sind Sie da optimistisch oder eher pessimistisch?*

**Semeta:** Weder das eine noch das andere. Ich bin Realist. Der Vorschlag der Kommission hat praktische Vorteile für alle Mitgliedsstaaten, das ist eine gute Basis für die kommenden Verhandlungen.

**SZ:** *Haben Sie durchgerechnet, ob sich Ihr Vorschlag für ein Land wie Deutschland mit seinem Finanzplatz Frankfurt wirklich lohnt? Gewinnt es mehr durch die reduzierten EU-Beiträge, als es durch die nach Brüssel laufende Transaktionssteuer verliert?*

**Semeta:** Es ist richtig, dass der Großteil der Transaktionen in den Finanzzentren getätigt wird. Das heißt aber nicht, dass die Verkäufer und Käufer im Falle Frankfurts etwa deutsche Staatsbürger wären. Darum schlagen wir vor, dass die Steuer nach dem „tax resident principle“ gestaltet werden soll. Das heißt, die Steuer wird bei dem erhoben, der ein Geschäft initiiert hat. Dadurch verteilen sich die Steuereinnahmen wesentlich stärker über Europa.

**SZ:** *Eine letzte Frage: Halten Sie an Ihrem Plan fest, Diesel und Benzin künftig nach Energiegehalt zu besteuern?*

**Semeta:** Wir haben erst zwei Mal mit den Ländern beraten, sind also noch am Anfang. Die erste Energiesteuerrichtlinie brauchte sechs Jahre, bis sie fertig war. Ich hoffe, dass es diesmal nicht so lang dauert. Es gibt zwar unterschiedliche Positionen, aber ich habe den Eindruck, dass wir bald Fortschritte sehen. Jedenfalls bleibt es dabei, dass das Steuersystem geändert werden soll.

*Interview: Cerstin Gammelin  
und Martin Winter*